

Europawahl am 25. Mai

Martin Schulz will Europa anders machen

Liebe Kärberinnen und Kärber,

bei der Europawahl am 25. Mai kandidiert Martin Schulz für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission. Er ist Spitzenkandidat der deutschen und europäischen Sozialdemokraten.

Europa war und ist die Antwort auf die politischen und militärischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Das dürfen wir nie vergessen. Europa ist das größte Zivilisations- und Friedensprojekt der Welt. Gerade jetzt erleben wir im Zusammenhang mit der Ukraine, wie wichtig ein starkes, geeintes und kooperatives Europa ist. Europa muss jedoch heute auch noch etwas anderes leisten: Europa muss als Gemeinschaft handeln, weil kein Staat allein unsere sozialen Werte gegen eine hemmungslose Globalisierung verteidigen kann.

Das Europa, für das Martin Schulz steht, heißt vor allem, dass wir unsere europäischen Werte der Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit, unseren Wohlstand und unsere soziale Sicherheit gemeinsam in der Welt behaupten. Wohlstand in gemeinsamer Verantwortung. Ein Europa des Miteinanders!

Udo Bullmann ist Spitzenkandidat der hessischen SPD

Udo Bullmann arbeitet seit 1999 als hessischer Abgeordneter für die SPD im Europäischen Parlament. In seiner täglichen Arbeit stellt er fest: „Die meisten Menschen zwischen Lissabon und Frankfurt, zwischen Helsinki und Rom teilen die gleichen Sorgen miteinander. Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Wie finanziere ich die Ausbildung meiner Kinder? Wie hoch ist die Miete? Kann ich meine Kredite abbezahlen? Zur europäischen Integration gibt es keine Alternative. Umso wichtiger ist es, dem Projekt im Interesse der Menschen die richtige Gestalt zu verleihen. Wir müssen das Recht eines jeden garantieren, am beruflichen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.“

Thorsten Schäfer-Gümbel dazu auf der Mitgliederversammlung der SPD Karben:

„Unser Wohlstand hängt auch davon ab, was woanders auf der Welt passiert. Zum Beispiel haben Absatzeinbrüche bei Opel in Spanien Folgen auf Arbeitsplätze bei Opel in Deutschland.“

Als Sozialdemokraten setzen wir uns dafür ein, dass gute Ausbildung und gute

Martin Schulz
Udo Bullmann
Thorsten Schäfer-Gümbel
Peter Feldmann

Samstag, 24. Mai
11 Uhr Römerberg
Frankfurt



UDO
BULLMANN



Arbeit mit fairen Löhnen für jedermann Wirklichkeit werden. Wer die EU zum Anlass nimmt, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuhöheln, wird ihr ökonomisches und soziales Potenzial verspielen. Durch gemeinschaftliches Handeln können wir dagegen die Voraussetzungen für zukünftigen Wohlstand, neue Solidarität und weltweit bessere Standards schaffen. Es gilt, Europas Chancen entschieden zu nutzen und klaren Kurs auf die Vollendung der sozialen und politischen Union zu nehmen.

Ihre
Christel Zobeley und Thomas Görlich
für den SPD-Ortsverein Karben

Lisa Gnadl: „Schwarz-Grün in Hessen bringt Stillstand“

Wenig versprochen – noch weniger gehalten

Mitte Januar ist der Hessische Landtag nach der Wahl erstmals zusammengetreten. Im neuen Landtag werde ich als stellvertretende Fraktionsvorsitzende, als Mitglied des Innenausschusses und als Mitglied des Sozial- und integrationspolitischen Ausschusses sowie als frauenpolitische Sprecherin an entscheidender Stelle den Kurs der SPD im Landtag mitbestimmen.

Nachdem die neue Landesregierung Ende April ihre ersten 100 Tage im Amt war, ist es Zeit für eine erste politische Bilanz: Als CDU und Grüne in Hessen im Dezember ihren gemeinsamen Koalitionsvertrag präsentierten, waren bereits drei Hauptlinien zu erkennen:

- Dissens,
- Vertagung
- und faule Kompromisse.

■ **Es wird immer deutlicher: Der Politikwechsel in Hessen fällt tatsächlich aus.**

Bei wichtigen Themen wie Bildung und Kinderförderung begnügen sich CDU und Grüne mit folgenlosen Absichtserklärungen.

■ **Chaos bei Bildung und Betreuung**

Trotz landesweiter Proteste bleibt das (vor der Wahl auch von den Grünen abgelehnte) angebliche „Kinderförderungsgesetz“ mit seinen kritischen Vorgaben für Finanzierung, Gruppengrößen und Personaleinsatz in den hessischen Kitas bestehen und gefährdet damit weiterhin die Betreuungsqualität

in den Kindertageseinrichtungen. In der Frage der inklusiven Kitas, bei der Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam betreut und gefördert werden, weigert sich Schwarz-Grün, klare landesweit verbindliche Standards zu setzen.

Zumindest wurde auf Forderung der SPD im Landtag eine Enquetekommission zur Zukunft der Bildungspolitik in Hessen eingerichtet: Wir nehmen jetzt Schwarz-Grün mit ihrer Ankündigung einer unideologischen Debatte über die Zukunft der Schulpolitik in Hessen beim Wort und wollen sehen, ob den Ankündigungen auch Taten folgen. In dieser Kommission zur Zukunft der Schulbildung werden wir uns als SPD weiterhin für gleiche Bildungschancen für alle Kinder, Inklusion, ausreichende Ganztagsgrundschulen und flächendeckende Schulsozialarbeit einsetzen.

Die faulen Kompromisse von Schwarz-Grün zeigen sich in der Schulpolitik besonders beim Debakel um die verkürzte Mittelstufe an Gymnasien (G8). CDU und Grüne laden ihre Verantwortung für die Schulzeitverkürzung und einen eventuelle Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium bei den Schulgemeinden ab und gefährden damit massiv den Schulfrieden.

■ **Kommunalfindliche Finanzen!**

Auch bei den Finanzen von Städten, Gemeinden und Landkreisen setzt Schwarz-Grün die kommunalfindliche Politik der Vorgängerregierung fort (siehe Rückseite).



MdL Lisa Gnadl

Gleichzeitig können die haarsträubenden Fehlentscheidungen der ehemaligen Umweltministerin Puttrich (CDU), die in der neuen Regierung ins Europaressort gewechselt ist, die hessischen Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Wegen Puttrichs Versäumnissen bei der Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis drohen dem Land Schadenersatzforderungen des Kraftwerksbetreibers in Millionenhöhe. Wer wie Puttrich dieses Debakel zu verantworten hat, dürfte der neuen Landesregierung nicht mehr angehören!

■ **Viel Arbeit für die SPD**

Die Bilanz der ersten Monate der schwarz-grünen Regierung fallen also alles andere als ermutigend aus. Die SPD wird als Anführerin der Opposition die Arbeit der neuen Koalition weiter konstruktiv, aber kritisch begleiten und den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Alternativen für ein sozial gerechteres Hessen aufzeigen.

Aktuelle Informationen zur Landespolitik finden Sie unter www.lisa-gnadl.de und www.spd-fraktion-hessen.de

Europawahl am 25. Mai

Was wird gewählt und wie?

Die Europawahl 2014 wird die achte Europawahl sein, bei der das Europäische Parlament direkt gewählt wird. In Deutschland, Österreich und Luxemburg wird am 25. Mai 2014 gewählt. Es handelt sich um die erste Europawahl nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, sodass erstmals die darin vorgesehene Neuverteilung der Sitzzahl pro Land gelten wird.

Jeder Wähler hat eine Stimme, mit der er die Bundes- bzw. Landesliste einer Partei wählt.

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurde die Gesamtzahl der Mitglieder des Europaparlaments von bisher 736 auf 751 erhöht. Gleichzeitig wurde die Höchstzahl pro Land auf 96 festgelegt. Deutschland als einziges betroffenes Land behielt jedoch seine bisher 99 Sitze bis zur Neuwahl 2014.

Keine Sperrklausel mehr

Das Bundesverfassungsgericht hat auch die im Jahr 2013 eingeführte Drei-Prozent-Sperrklausel gekippt. Bis einschließlich der Europawahl 2009 bestand eine Fünfprozenthürde.

Zu den Europawahlen in den 28 Mitgliedsstaaten treten jeweils nationale Parteien an. Diese haben sich jedoch zu politischen Parteien auf europäischer Ebene oder Europaparteien zusammengeschlossen. Der Vertrag von Lissabon schreibt vor, dass das Europaparlament den (vom europäischen Rat) vorgeschlagenen Präsidenten der Europäischen

Kommission wählt. Der europäische Rat muss bei dem Vorschlag das Ergebnis der Europawahl berücksichtigen. Die großen Europaparteien haben daher angekündigt, vor der Wahl Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufzustellen. Realistische Chancen werden nur Jean-Claude Juncker von den Christdemokraten und Martin Schulz von den Sozialdemokraten eingeräumt.

Weitere Informationen zur Europawahl finden Sie hier:

- auf den Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung unter: www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europawahl/
- den Wahl-O-Mat zur Europawahl: www.wahl-o-mat.de/europawahl2014
- auf den Seiten der Bundes-SPD: www.spd.de/aktuelles/europawahl2014

Oder starte hier deinen eigenen Friedensaufruf für eine friedliche Lösung der Krim-Krise:

- www.ich-will-frieden.eu

Sozialdemokratische Schwerpunkte für die Europawahl am 25. Mai 2014

Demokratie, Frieden und Beteiligung stärken.

Die EU muss demokratischer und transparenter werden. Die Personalkungelei unter den Regierungschefs muss aufhören. Zum ersten Mal wählen die Menschen den Kommissionspräsidenten direkt über das EU-Parlament. Die EU-Kommission soll zur Hälfte aus Frauen bestehen.

Wirtschaft und Beschäftigung voranbringen.

Die Maßnahmen der EU müssen auf Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Qualifizierung und Bildung ausgerichtet werden. Die neue Kommission muss die nachhaltige Energiepolitik europaweit vorantreiben.

Banken regulieren Steuerbetrug bekämpfen.

Die Banken müssen in Geschäftsbanken für Sparerinnen und Sparer und Investmentbanken für spekulative Finanzgeschäfte getrennt werden. Steuerbetrug und Steuervermeidung müssen konsequent bekämpft werden. Unternehmen müssen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erzielen.

Arbeitslosigkeit bekämpfen – soziale Standards schaffen.

In der EU muss es gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen, für gleiche Arbeit am gleichen Ort sowie existenzsichernde Mindestlöhne geben. Sozialdumping muss unterbunden, Jugendliche brauchen Chancen aus Arbeit und Bildung.

Eine Digitale Grundrechtecharta verabschieden.

Eine europäische Digital Bill of Rights – eine Europäische Digitale Grundrechtecharta – muss u. a. Unternehmen verpflichten, alle Daten, die sie über eine Person gesammelt haben, gegenüber den Betroffenen offen zu legen und ggf. zu löschen.

Städte und Gemeinden in Hessen

Anspruch auf angemessene Finanzausstattung!

Der hessische Staatsgerichtshof hat mit seinem sogenannten Alsfeld-Urteil festgestellt, dass die Kommunen in Hessen einen Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung haben.

die Kommunen finanziell bereits massiv unter Druck geraten sind, will Innenminister Beuth mit dem Herbstklass Städte, Kreise und Gemeinden weiter ausbluten.“

Dies ist auch für Karben nicht mehr länger zu verantworten und erfordert ein parteiübergreifendes Vorgehen gegenüber der hessischen Landesregierung! Ein entsprechender Antrag wurde von uns gestellt.

Damit wird verlangt, dass die Kommunen in der Lage sind, neben Pflichtaufgaben auch ein Mindestmaß an freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben wahrzunehmen.

Der „Herbstklass“ des hessischen Innenministers, der am Rosenmontag 2014 verfügt wurde, ist dazu in jeder Beziehung kontraproduktiv und zwingt die Aufsichtsbehörden zur engen Auslegung und rigider Handhabung der seit 2010 bestehenden Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte. Ohne Rücksicht auf örtliche Verhältnisse zwingt er die Kommunen zu weiteren Einsparungen und Einnahmeerhöhungen.

■ **Thorsten Schäfer-Gümbel:**
„Nachdem in den vergangenen Jahren mit der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs und dem sogenannten Rettungsschirm

Weitere Termine Was steht an?

■ **Do, 22. Mai (ab 19:30 Uhr)**
„Um was es bei der Europawahl 2014 geht“
SPD-PolitTalk mit dem ehem. Europaabgeordneten Willi Görlach

■ **So, 25. Mai (ab 08:00 Uhr)**
Europawahl
Bitte Wählen gehen!

■ **Sa/So, 14./15. Juni**
Dorffest Rund um die Kirche in Groß-Karben
an jedem 2. Mittwoch im Monat in der Gaststätte „Zum Niddatal“

■ **Mo, 7. Juli (ab 19:00 Uhr)**
„Wie weit darf Karben wachsen?“
Ortsbegehung / SPD-PolitTalk

■ **Sa-Mo, 13.-15. September**
Bildungsreise der SPD Karben nach Regensburg

■ **Jeder 2. Do. im Monat**
Treffen der AG 60+
im Rendeler Hof

Weitere Details sowie alle weiteren bekannten Termine unter: www.spd-karben.de/Termine

Stadtentwicklung

Fehlplanungen verhindern!

■ Karbens Neue Mitte?

Es war einmal versprochen und geplant: ein Markt, ein Café, eine Ladenzeile mit Büros und Praxisräumen
Und daraus wurde:
ein Markt, ein Textildiscounter und vor allem – ein Parkplatz!

■ Wie soll/wird sich Karben weiter entwickeln?

Soll Karben weiterhin eine Stadt im Grünen, mit grünen Blickachsen innerhalb der Stadt sein, oder liegt die Priorität darin, möglichst viele Bauplätze zu schaf-

fen und zu verkaufen? Gehören Bäume weiterhin zum Stadtbild von Karben oder gibt es sie bald nur noch im Wald?
Wir müssen aus den Fehlern der nahen Vergangenheit lernen! Erst ein Konzept und Rahmenbedingungen – dann die Investoren! Wesentliche Faktoren für die Innenstadtbebauung sind für uns:

- die Bebauungsdichte
- Auswirkungen auf das Klima
- Einfahrtstor Karbens / erster Eindruck
- Einbindung an bestehende Bebauung
- bezahlbarer Wohnraum
- ein Einzelhandelskonzept

Impressum

Karbener Spiegel –
unregelmäßig erscheinende
Zeitschrift der Karbener SPD

V.i.S.d.P.: Christel Zobeley

Herausgeber: SPD Karben
Assenheimer Str. 12
61184 Karben
Telefon: 06039/3128
E-Mail: info@spd-karben.de
Internet: www.spd-karben.de



Diese Drucksache wurde
klimaneutral produziert.

Bilder: SPD Karben
Redaktion: Christel Zobeley,
Thomas Görlach,
Daniel Kömpel
Layout/Satz: Daniel Kömpel